

**Untersuchungsausschuss  
Sozialbetrugsverdacht**

**Beweisbeschluss III  
(vom 14.12.2016)**

Es soll Beweis erhoben werden zum Untersuchungsauftrag, speziell zu Art und Umfang, Zeitraum und Schadenshöhe des „Sozialbetrugsverdachts“ und Umstände des Zuzugs von EU-Bürgern, insbesondere seit Wegfall der Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Januar 2014,

insbesondere durch folgende Fragen:

1. Hat und ggf. wie hat in den Herkunftsländern eine „Anwerbung“ der Betroffenen stattgefunden?
2. Wie viele Personen sind von dem Verdacht des Betrugs betroffen?
3. Von welchem zeitlichen Ablauf ist auszugehen?
4. Welcher Art und welcher Höhe ist der anzunehmende entstandene und zukünftige Schaden für Bund, Land, Gemeinden, Sozialversicherungsträger sowie weitere Geschädigte?
5. Wie wurde der Schadensumfang ermittelt?
6. Wie ist die soziale Lage der Betroffenen in den Herkunftsländern und in Bremerhaven?
7. Welche Feststellungen wurden zu den Informationsflüssen zwischen den einzelnen Behörden getroffen?
8. Wann erfolgten welche Hinweise und wie wurde mit diesen umgegangen?
9. Wie ist der Stand der Aufarbeitung in den betreffenden Behörden?